

Überwachung im Informationszeitalter

Konrad Lachmayer

Die Herausforderungen des Datenschutzes nehmen im Informationszeitalter zu. Die Fragestellungen und Probleme mit dem Umgang staatlicher Datenerfassung und -verwaltung werden komplexer. Zu diesen Entwicklungen sollen die folgenden Beiträge unterschiedliche Perspektiven eröffnen. Auf allgemeinen und konkreten Ebenen werden punktuelle Einblicke in die vielfältigen Möglichkeiten staatlicher Überwachung gewährt.

Der Beitrag von *Konrad Lachmayer* widmet sich den allgemein-staatlichen Tendenzen in Richtung Überwachungsstaat. Der Schritt von zunehmender staatlicher Datenerfassung hin zu ausgedehnter Überwachung ist nicht groß. Der Fortschritt der Technik, zunehmende Sicherheitsbedürfnisse und gesellschaftliche Akzeptanz fördern die Entwicklungen hin zu einem demokratischen Überwachungsstaat. Demgegenüber stehen rechtsstaatliche und menschenrechtliche Begrenzungen von Überwachung, die im Überblick problematisiert werden.

Auf europäischer Ebene hat der Beschluss der Richtlinie, mit der die Speicherung von Verkehrsdaten von Telefon und Internet geregelt wird, Aufsehen erregt. Den damit verbundenen rechtlichen Grundlagen und Fragestellungen widmet sich ein Beitrag von *Dietrich Westphal*. Aus kritischer Perspektive nähert er sich der EU-Richtlinie und prüft diese vor allem im Hinblick auf Grundrechtskonformität. Terrorismus und organisierte Kriminalität werden zur Legitimation für undeterminierte und nicht notwendige Grundrechtseingriffe.

Auch in Österreich wurden Fragen des Datenschutzes im Bereich der zunehmenden (staatlichen) Videoüberwachung

Thema der öffentlichen Diskussion. Den brisanten Fragestellungen im Zusammenhang mit Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr nimmt sich *Gerhard Kunert* an. Aufgezeigt werden dabei zum einen Hintergründe der öffentlichen Diskussion, zum anderen Probleme der datenschutzrechtlichen Bewertung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Abschließend widmet sich der Beitrag von *Wolfgang Wessely* Fragen des Rechtsschutzes im Sicherheitspolizei- und Militärbefugnisrecht. Es bedarf im Rahmen des Rechtsschutzes eines Gegengewichts zu den in den anderen Beiträgen dargestellten Erweiterungen von Befugnissen. Dabei zeigt die Analyse *Wesselys* die problematische Komplexität der Rechtsschutzbestimmungen auf, die sich als „Spielwiese für Experten“ entpuppt.

Im Zusammenhang mit den beschriebenen Entwicklungen werden immer wieder Sicherheit und Freiheit als Gegensatz dargestellt. Dabei erscheint es aber notwendig – wie *Westphal* abschließend festhält – eine „angemessene Balance von Sicherheit und Freiheit“ zu schaffen, „die deren komplementärem Verhältnis Rechnung trägt“. Beide Perspektiven sind Grundpfeiler westlicher Demokratien, die in geeigneter Weise miteinander zu verbinden sind. Ohne Sicherheit kann Demokratie nicht aufrechterhalten werden, ohne Freiheit allerdings auch nicht. Ein gegenseitiges Ausmanövrieren beider Kriterien zerstört aber das bestehende Gleichgewicht und führt dazu, dass weder Freiheit noch Sicherheit gewährleistet werden können.